

Bern, 10. Dezember 2015

Von der Vergangenheit in die Zukunft

Rede von Guido Fluri, Gründer Guido Fluri Stiftung

Meine Damen und Herren

Die Zwangsmassnahmen, das heutige Tagungsthema, ist historisch schwer belastet. Wer heute über Zwangsmassnahmen spricht, muss unweigerlich zurückblicken in die Vergangenheit, in eines der dunkelsten Kapitel unserer Schweizer Geschichte.

Bis weit in das 20. Jahrhundert wurden Kinder auf Schweizer Dorfplätzen versteigert, zur Kinderarbeit gezwungen, misshandelt und missbraucht. Bis 1981 wurden in der Schweiz Tausende ohne Gerichtsbeschluss weggesperrt. Frauen wurden unter Zwang sterilisiert oder zur Abtreibung gezwungen. Kinder wurden gegen den Willen ihrer Mütter zur Adoption freigegeben oder in Waisenhäuser platziert.

Die Praxis der so genannten fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen hat bis in die 1980er-Jahre enormes Leid über die Betroffenen gebracht: Vor allem Menschen, die den früheren gesellschaftlichen und moralischen Wertvorstellungen nicht entsprachen, arm oder randständig waren, wurden Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

Das immense Leid der Betroffenen dauert an – bis heute. Aufgrund der Misshandlungen sind viele traumatisiert, sie sind arm und vielfach bei schlechter Gesundheit. Die Ungerechtigkeit ist offensichtlich – darum habe ich vor zwei Jahren die Wiedergutmachungsinitiative lanciert. Diese Initiative verlangt eine umfassende Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981.

Die Unterstützung der Bevölkerung für unser Anliegen war von Beginn an gross: die 100 000 Unterschriften sind in Rekordzeit zusammen gekommen. Nun will auch der Bundesrat das Unrecht anerkennen und präsentiert einen Gegenvorschlag, der die zentralen Forderungen unserer Initiative aufnimmt. Durch die Initiative und deren Basisarbeit hat die gesellschaftliche Aufarbeitung, die ich mir als eines meiner Hauptziele vorgenommen habe, endlich und effektiv begonnen.

Parallel zu dieser notwendigen Aufarbeitung der Vergangenheit, läuft die Diskussion um die heutigen Zwangsmassnahmen. Dabei ist die KESB in den Fokus gerückt. Es gibt Betroffene von Zwangsmassnahmen, die mit der KESB in Berührung kommen, die ihre Situation heute mit derjenigen der Verdingkinder von früher vergleichen. Die KESB-Gegner rufen in Internetforen und bei Demonstrationen und Anlässen zu Widerstand auf, eine Volksinitiative soll den Handlungsspielraum der KESB massiv einschränken.

Für die KESB wird die Situation durch eine fortlaufende negative Berichterstattung in den Medien zunehmend schwieriger. Das Vertrauen gegenüber der KESB hat in der öffentlichen Wahrnehmung gelitten: Teile der Bevölkerung - vor allem in der Deutschschweiz - haben heute den Eindruck, dass die KESB nicht *für* die Betroffenen, sondern *gegen* die betroffenen Familien arbeitet. Die KESB, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, wurde in den letzten Monaten für Viele zu einer Projektionsfläche allen Übels.

Meine Damen und Herren

Ich teile diese absolute Kritik an der KESB nicht. Heute ist es *nicht* wie früher. Ich habe persönlich eine Zeit erlebt, als Laienbehörden über einem richteten und man im Dorf stigmatisiert wurde - und glauben Sie mir, ich wünsche niemandem diese Zeit zurück. Ich bin überzeugt, dass die KESB als Institution für den Kinder- und Erwachsenenschutz keinen Rückschritt, sondern einen Fortschritt darstellt. Ich bin überzeugt, dass Sie alle hier im Raum jeden Tag ihr Bestes geben, um Erwachsene und Kinder zu schützen. Das heisst aber nicht, dass sich eine junge Institution wie die KESB nicht auch verbessern kann. Darum sind wir hier, dies ist der Sinn und Zweck dieser Tagung.

Dass man in der heutigen Situation verloren gegangenes Vertrauen wieder herstellen muss, ist für mich unbestritten. Meine Stiftung ist zu einer Art Anlaufstelle für verzweifelte Menschen geworden, die mit der KESB in Berührung gekommen sind. Wir beobachten dabei, dass viele dieser Betroffenen einer Zusammenarbeit mit der KESB von Beginn weg kritisch gegenüberstehen, sie ablehnen oder sogar torpedieren. Dies ist nicht im Sinn der KESB und noch weniger im Interesse der betroffenen Familien, die Schutz brauchen.

In manchen Fällen werden die Entscheide der KESB schlicht nicht verstanden. Die Kommunikation ist gestört. In diesen Fällen gelingt es nicht, mit einer sensiblen Kommunikation eine Zusammenarbeit mit Familien und Behörde aufzubauen. Rechtlich korrekte Verfahren sind das Eine, der sorgfältige Umgang mit Betroffenen das Andere. Auch wenn die Ressourcen der KESB knapp sind: Wir müssen in den schwierigen Einzelfällen auf die Menschen noch stärker eingehen. Eine bessere Kommunikation ist der Schlüssel zum Erfolg, davon bin ich überzeugt, davon reden wir heute.

Wir müssen einerseits mit einer verstärkten Kommunikation das Vertrauen wieder herstellen. Andererseits gibt es heute ein grosses Bedürfnis für eine unabhängige Anlaufstelle in Streitfällen. Aus Sicht der Stiftung müsste daher eine neutrale Ombudsstelle geschaffen werden, die in schweren Konfliktfällen angerufen werden kann. Solch eine Ombudsstelle würde nicht zu einer Schwächung der KESB führen, sondern zu einer Stärkung! Sie würde entlastet werden. Es gilt, mögliche Eskalation zwischen der KESB und den Betroffenen zu vermeiden. Meine Stiftung und mögliche weitere Partner sind bereit, bei der Entwicklung und Ausgestaltung einer solchen neutralen, unabhängigen und niedrigschwelligen Instanz ihren Beitrag zu leisten – in Zusammenarbeit mit Ihnen, meine Damen und Herren, mit Unterstützung der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES.

Die heutige Tagung ist dazu da, den Umgang mit Zwangsmassnahmen kritisch zu reflektieren. Über die Workshops und durch die Inputs der Experten soll die Kommunikation mit den Betroffenen verbessert werden. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der heutigen Tagung. Ich danke Ihnen im Publikum für Ihre tagtägliche Arbeit mit den betroffenen Familien. Ich danke auch den Betroffenen im Publikum, die sich konstruktiv einbringen und den Dialog suchen. Dass Sie hier sind zeigt, dass Sie alle für die KESB und für die Betroffenen die besten Resultate wollen.

Wenn wir in diesem Geist fortfahren, werden wir mit Sicherheit sagen können: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt.

Die Guido Fluri Stiftung verfolgt drei Zwecke: Sie setzt sich für das Wohl von Pflegekindern ein. Das Thema Gewalt an Kindern soll in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Weiter widmet sich die Stiftung der Hirntumor-forschung und hat hierfür eine Informationsplattform geschaffen. Als dritten Punkt setzt sich die Stiftung für mehr öffentliche Aufklärung und Forschung der Krankheit Schizophrenie ein.
Weitere Informationen finden Sie auf: www.guido-fluri-stiftung.ch